



ERGEBNISNIEDERSCHRIFT der Mitgliederversammlung vom 27. November 2019

Ort: Forum Kirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen

Zeit: Mittwoch, 27. November 2019, 14.45 h – ca. 17.30 h

10 Teilnehmer/innen: siehe Teilnahmeliste (Anlage 1)

Absagen und Grüße: Kurt Buck, Albrecht Kirschner, Ingrid Pichota, Stefan Romey, Irmgard Sinner, Rolf Surmann, Wolfram Wette.

Günter Knebel begrüßt die Versammlungs-Teilnehmer/innen, nach Einvernehmen leitet er die Versammlung. Sie beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde.

Top 1: Regularien

Die Beschlussfähigkeit der rechtzeitig eingeladenen Versammlung wird festgestellt, die vorgeschlagene Tagesordnung angenommen. Die Ergebnisniederschrift der Jahresversammlung 2018, zu der keine Einwände erhoben wurden, findet Zustimmung.

Die Versammlung wird informiert über den Aufnahmeantrag von Frau Ingrid Pichota, Stuttgart, vom 22. Mai 2019.: Sie möchte als Nachkommin von NS-Verfolgten und aus Solidarität mit den Opfern der NS-Militärjustiz die Arbeit der Bundesvereinigung unterstützen. Aus gesundheitlichen Gründen kann sie nicht an der MV teilnehmen, hat aber reges Interesse an innerverbandlicher Kommunikation insbesondere mit Nachkommen von NS-Verfolgten. Die Versammlung beschließt einstimmig die Aufnahme. Gleicher gilt für den Aufnahmeantrag von Herrn Hans-Joachim Klier, Hamburg, der spontan gestellt wurde. Zunächst angereist als Guest nimmt er damit stimmberechtigt an der MV teil

Top 2: Bericht über die Vorstandesarbeit 2019

Im Nachgang zur MV 2018, in der turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt wurde, fanden diverse „politische Aktivitäten“ statt. Eine Zusammenstellung von Unterlagen mit Bezügen unterschiedlicher Intensität zu unserer Vereinsarbeit liegt als Tischvorlage vor. Hervorgehoben wird die Neufassung der AKG-Härterichtlinien durch das Bundesministerium für Finanzen (BMF) vom 23. Januar 2019. Sie wurde am Rande des Gedenkens anlässlich des 27. Januars am 31. Januar 2019 im Deutschen Bundestag bekannt. Mit Jahresbeginn 2019 sind - auch rückwirkend – die Härteleistungen bei Umzug ins Pflegeheim (nach § 6 Abs. 2 AKG) nicht mehr gekürzt und Leistungen nach § 5 AKG von 352 € / Monat auf 415 € angehoben worden. Damit wurde per BMF-Erlass dem politischen Anliegen entsprochen, das im Nachgang zu Ludwig Baumanns Tod bundesweit - und auch in Nachbarländern (!) - zu der Frage geführt hatte: Wie geht Deutschland mit seinen letzten überlebenden NS-Opfern um?

Mit der erreichten Richtlinieneränderung (siehe Nr. 2 der Tischvorlage) hat Ludwig Baumann noch über seinen Tod hinaus Positives bewirkt für die Rehabilitierung und Entschädigung von NS-Opfern. Diese bleiben zuwendungsbedürftig und mehr als bemerkenswert, gerade weil ihre Zahl zunehmend schwindet. Im Bericht werden die Stellungnahmen kurz angesprochen, mit denen die Bundesvereinigung das Begehrten unterstützt hat, endlich die von den Nazis als ‚Asoziale‘ und ‚Berufsverbrecher‘ Verfolgten als NS-Opfer anzuerkennen. Beide Stellungnahmen, vom 5. Juli und 4. November, fanden Zuspruch und positive Resonanz. Nach einer Anhörung im zuständigen Kulturausschuss am 6.11.19 besteht zur Sache die Erwartung, dass wohl in absehbarer Zeit eine gesetzliche Regelung gefunden wird, die überfraktionell auch von Oppositionsparteien mitgetragen wird - freilich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion.

Eine erfreuliche Nachricht liegt aus Celle vor: Dort soll am 28.04.2020 ein Stolperstein für Heinz Taxweiler verlegt werden: Moorsoldat, Widerstandskämpfer und Opfer der NS-Militärjustiz. Sein Schicksal wurde von Hans-Peter Klausch im Jahr 2013 einfühlsam beschrieben. (Auf unserer Webseite nachlesbar, in der Rubrik >Stellungnahmen<)

Seite 1 von 3

ehemaliger Vorsitzender (1990 - 2018)
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz aktuell vakant

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militärjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat:
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin
Dr. Rolf Surmann, Hamburg

IBAN: DE32290501010015145915, BIC: SBREDE22XXX

Zur Situation des eingetragenen Vereins berichtet Günter Knebel: Nach der Vorstandsneuwahl war der Eintrag beim Vereinsregister zu aktualisieren: Der Vorsitz bleibt unbefristet vakant. Die Gemeinnützigkeit ist vom Finanzamt Bremen fortgeschrieben worden. Die organisatorische Überprüfung des Mitgliederverzeichnisses (durch erbetene Rückmeldung und/oder Beitragzahlung) hat nun 24 Mitglieder ergeben, inklusive Wissenschaftlicher Beirat und aktueller Neuaufnahmen. Der Beitrag von 20 € pro Jahr (oder freiwillig mehr) wird vor allem von ‚neuen‘ Mitgliedern gezahlt, ältere Mitglieder bevorzugen gelegentliche Spenden, die steuerbegünstigt abgesetzt werden können. Die aktuelle Kassenlage ist auskömmlich, um die regulären Vereinsaufgaben zu erfüllen. Die Webseite der Bundesvereinigung ist auch im laufenden Jahr - gemessen an Vorjahreszahlen - wieder gut genutzt worden. (Aktuelle Jahresstatistik lag vor.)

Bemühungen, an Ludwig Baumanns Wirken dauerhaft zu erinnern:

- Ulrich Schröder nimmt als Guest an der Versammlung teil. Er vertritt die ‚Internationale Friedenschule Bremen und informiert über deren Antrag an zuständige Stellen, den Großen Saal im >Gustav-Heinemann-Bürgerhaus< Vegesack nach Ludwig Baumann zu benennen. Dem im Herbst 2018 eingegangenen Antrag haben inzwischen alle zuständigen (kultur-)behördlichen Gremien zugestimmt. Die Friedenschule als Hauptakteur ist mit der Umsetzung beauftragt: Als Termin für die Feier, mit der die Saalbenennung durchgeführt und bekannt gemacht werden soll, ist Mittwoch, 3. Juni 2020, vorgesehen. Dieses Datum wurde gewählt, um an Ludwig Baumanns (und Kurt Oldenburgs) Desertion aus der Wehrmacht vor 78 Jahren zu erinnern. Die Bundesvereinigung ist um Mitwirkung an der geplanten Feierstunde gebeten. G. Knebel erklärt sich zu einer Ansprache bereit.

- Aus Hamburg berichten Bert Wahls und Hajo Klier zum Stand der Entwicklung des Neubaugebiets in HH-Jenfelder Au. Die dortigen Straßenbenennungen mit Namen von Opfern der NS-Militärjustiz sind weithin abgeschlossen. Ergänzend ist angestrebt, in relativer Nachbarschaft zum 2016 eingeweihten Kurt-Oldenburg-Weg eine kleine öffentliche Parkanlage einzurichten und als >Ludwig-Baumann-Park< zu benennen. Infolge der baulichen Entwicklung und zu beachtender Fristen wird dieses Vorhaben voraussichtlich erst im Jahr 2021 realisierbar sein. Über das Vorhaben, den Gedenkort Höltigbaum aufzuwerten, wird ebenfalls eingehend berichtet. –

G. Knebel informiert über die Veranstaltung am Deserteursdenkmal Wien zum Jahrestag von Richard Wadanis Desertion aus der Wehrmacht vor 75 Jahren. Ein Kurzbericht und eine Video-Dokumentation informieren über die gut gelungene Veranstaltung, die am 16. Oktober 2019 stattfand. (siehe Tischvorlage zu Top 2, Nr. 19)

Top 3: Erben der Erinnerung – Nachkommen von NS-Opfern

Eine >Erklärung über gemeinsame Ziele zur Unterstützung von Nachkommen von NS-Verfolgten< und die Inhaltsangabe eines ausführlichen Arbeitsgruppenberichts, der psychosoziale Fragen und Aspekte historisch-politischer Bildung behandelt, werden der MV zur Kenntnis gegeben. In der Aussprache wird betont, dass nach wie vor die lokale und regionale Aufarbeitung des NS-Urechts grundlegend ist, um die geforderte Aufmerksamkeit auch für die Situation der Nachkommen von NS-Verfolgten auch wirklich zu erhalten. Etliche Mitglieder und Unterstützer/innen der Bundesvereinigung tragen durch ihr Engagement regelmäßig dazu bei.

Top 4: Informationen zum Stand der Erinnerungsarbeit

U. Schröder informiert, dass die 2005 eingerichtete und noch im gleichen Jahr mit einem Preis ausgezeichnete Webseite zu >Kurt Albrecht< zusammen mit anderen, damals ebenfalls ausgezeichneten Webseiten des Projekts >Geschichtsatlas.de< vor einiger Zeit „abgestellt“ worden ist. Seine Empörung darüber wird geteilt, Unterstützung und Einsatz für die möglichst baldige Wiederherstellung des beklagten Verlustes, der auch mit der BV-Webseite verlinkt ist, wird zugesagt. (Anmerkung, Stand 9.12.19: Inzwischen liegen Auskünfte vor, die eine (baldige) Wiederherstellung erwarten lassen.) -

Wanderausstellung >Was damals Recht war<: aktuell in Gelsenkirchen, weitere Stationen sind bis 2021 ausgebucht. (siehe auch: Vermerk in der Tischvorlage zu Top 2, Nr. 1) -

Hamburg: D. Garbe weist auf Pflege- bzw. Regelungsbedarf beim Deserteurdenkmal hin, der sowohl hinsichtlich Beleuchtungsfragen, als auch bzgl. des Info-Flyers bestehe. René Senenko informiert über eine Stolpersteinverlegung im Mai 2019 beim „Kettenwerk“ in HH-Langenhorn und hat dazu eine Broschüre erstellt. Sie ist auf der Webseite in der Rubrik >Links + Materialien< abrufbar.

Esterwegen: Info über ruhstandsbedingten Wechsel in der Gedenkstättenleitung, Hoffnung auf weiterhin gute Kooperation und Kontakte zur Gedenkstätte und dem DIZ Papenburg.

Frankenwald: Horst Mohr informiert kurz über seine Recherchen seit 2015 zum Thema Desertion aus der Wehrmacht, jüngst auch zu Euthanasie und zu Todesmärschen in Franken. Beiträge sind veröffentlicht in Zeitungen und heimatkundlichen Jahrbüchern. (vgl. auch BV-Webseite, Rubriken >Links und >Stellungnahmen, exemplarischer Zeitungsbericht in Tischvorlage zu Top 2, Nr. 15).

Halbe: Aktuelle Informationen zur Arbeit der Bildungs- und Begegnungsstätte liegen nicht vor.

Köln: Die Setzung einer Stele, die mit einem Zitat von Ludwig Baumann an die Opfer der NS-Militärjustiz auf dem ehemaligen Schießplatz in K-Dünnwald erinnert und für diese Opfer einen zweiten würdigen Gedenkort in Köln darstellt, erfolgte Ende September. Mit Freude, Beifall und Dank an die örtliche Initiative(n) und die kommunalpolitische Unterstützung wird diese Information darüber zur Kenntnis genommen. (siehe auch Bericht in ELDE-Mitteilungen November 2019, Tischvorlage zu Top 2, Nr. 20)

Sachsenhausen und Potsdam: Informationsaustausch findet statt, aktuelle Veranstaltungen mit Bezug zu Themen unserer Arbeit finden sich auf der Webseite, Rubrik >Veranstaltungen bei den Ortsangaben. H. Mohr nimmt gelegentlich an Veranstaltungen teil und pflegt im Rahmen seiner Recherchen Kontakte.

Anklam: Das dortige Otto-Lilienthal-Friedenszentrum im ehemaligen Wehrmachtgefängnis hatte im August mit einer Veranstaltung überregionale öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, die als „Toten-Festival“ Schlagzeilen machte. Die in der Selbstdarstellung als „1. Wissensfestival vom Tod“ beschriebene Veranstaltung wurde lt. Medienberichten von rd. 200 Teilnehmer/innen besucht, Zellen des früheren Wehrmachtgefängnisses konnten dabei als Unterkunft gebucht werden. Die BV hatte dazu – auf Anregung und im Einvernehmen mit Akteuren aus der Gedenkstättenarbeit – per Leserzuschrift an die Ostseezeitung Befremden geäußert und angefragt, ob eine Veranstaltung mit den Zielvorstellungen von Friedens- und Gedenkarbeit vereinbar sei, „die dem Wehrmachtgefängnis ‚Charme‘ zuspricht, Menschen mit ‚Hang zum Morbiden‘ einlädt und den Ort des Schreckens als ‚Kulisse‘ für ein ‚interdisziplinäres Symposium‘ von Experten benutzt, die sich auf speziell-morbide Art mit dem Thema Tod beschäftigen.“ Diese Einlassung, die auch dem Friedenszentrum in Kopie zugesandt worden war, wurde später vom (neuen) Leiter des Friedenszentrums als „Bärendienst“ bezeichnet. Weitere Kommunikation kam nicht zustande, entsprechender Replik blieb ohne Antwort.

Torgau/Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG): Der infolge Teilnahmeverhinderung von Dr. Rolf Surmann (RS) aktuell übermittelte Bericht an die Mitgliederversammlung informiert

1. über die „Evaluation der StSG“. „Kommunikationsprobleme“ wurden in dem 145seitigen Bericht zwar festgestellt, aber die Stiftungspolitik der StSG im Grundsatz bestätigt. Nach wie vor werden die Veränderungsmöglichkeiten sächsischer (Gedenkstätten)Politik von RS sehr skeptisch gesehen, zunehmender Einfluss der AfD steigert die Skepsis. Versuche, demgegenüber antifaschistische Impulse zu setzen, z.B. durch den Zusammenschluss von Opferverbänden und Initiativen zu einer Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wurden von der StSG als konkurrierend zurückgewiesen, Kooperationsangebote abgelehnt. – Die MV teilt und unterstützt Rolf Surmanns Einschätzung, diese StSG-Positionierung als kontraproduktiv anzusehen, um rechtspopulistische und neofaschistische Entwicklungen zu bekämpfen.

2. Die aus Bundesmitteln möglich gewordene Überarbeitung der Ausstellung im DIZ Torgau gehe voran, die BV-Anregung zu einer diesbezüglichen „Gestaltungsvereinbarung“ wurde nicht aufgegriffen. Der Einladung zur Vorstellung der Entwürfe zur Neugestaltung konnte RS infolge Terminüberschneidung nicht wahrnehmen. Voraussichtlich 2021 soll die erneuerte Ausstellung eröffnet werden.

3. Unsere oft geäußerte Kritik an der erinnerungspolitischen Ausrichtung der StSG hat - trotz beachtlicher regionaler und bundespolitischer Medienresonanz – das beabsichtigte Ziel bisher nicht erreicht. Durch eine – von einem Verlag angebotene – Buchveröffentlichung möchte RS der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der sächsischen Erinnerungspolitik nun eine neue Form geben: Diese erscheint ihm wirksam, „unser Anliegen weiterzubringen“.

4. Das Sächsische Stiftungsgesetz enthält eine „Überprüfungssatzung“ (v.21.12. 2012) die u.a. Folgendes bestimmt: „Alle Beschäftigten der StSG sowie Mitglieder und stellvertretende Mitglieder ihrer Organe werden darauf überprüft, ob ihnen die Eignung für den öffentlichen Dienst fehlt....Die Überprüfung erfolgt unabhängig von einer bereits erfolgten Überprüfung und wird alle drei Jahre wiederholt.“ RS, der diese sog. Stasi-Mitarbeits-Feststellungsüberprüfung bereits mehrmals absolviert hat, hält diese bürokratisch-behördliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für fragwürdig und „nicht hinnehmbar“. Er möchte aktuell dagegen protestieren und bittet die MV um eine unterstützende Positionierung.

Nach eingehender Erörterung, die auch entsprechende Praxis in anderen ostdeutschen Bundesländern erwähnt und einbezieht, wird einmütig beschlossen: Die Mitgliederversammlung (MV) dankt Rolf Surmann für die Information zum Sachverhalt. Die MV begrüßt einmütig seine Kritik an der gegenwärtigen Praxis und unterstützt nachdrücklich sein Vorhaben, via Mitgliedschaft im StSG-Stiftungsbeirat darauf hinzuwirken, dass die noch geltenden Bestimmungen der o.a. „Überprüfungssatzung“ auf ihren aktuellen (und künftigen!) Sinn und Zweck sowie deren Nutzen und Praktikabilität geprüft werden.

Top 5 „Militärischer Strafvollzug in der NS-Zeit. Überblick und Analyse“ – Informationen von Rolf Surmann.

Infolge einiger Umstellungen seiner Arbeitsplanung fiel die Vorbereitung einer Tagung zu diesem Thema aus. In seinem Bericht teilt RS mit: „Nach wie vor halte ich die Bearbeitung des Themas, das unter

verschiedenen Gesichtspunkten ein Desiderat ist, für äußert wichtig.“ Er plane deshalb, mit der Tagungsvorbereitung so rechtzeitig zu beginnen, dass diese baldmöglichst stattfinden kann.

Top 6: Verschiedenes

Bert Wahls geht auf einen taz-Bericht über den Stuttgarter Gedenkort „Hotel Silber“ ein, der in der verteilten Tischvorlage (Nr. 4) enthalten ist und kritische Vergleiche zum Gedenkort „Stadthaus“ in Hamburg zieht: Er erläutert, warum das Zustandekommen eines würdigen Gedenkorts in der einstigen Zentrale des Gestapo-Terrors in Hamburg bisher gescheitert sei, vor allem Investor bedingt. An Möglichkeiten zur Nachbesserung werde gearbeitet.

Um 17.30 h wird seitens des Tagungshauses das Ende der Versammlung angemahnt. Dem wird durch ein rasches Ende* weiterer Aussprache zu entsprechen versucht. Hinweise auf Neuerscheinungen werden per Protokoll / Ergebnisniederschrift mitgeteilt.

Für die rege Teilnahme, insbesondere auch für die Bereitstellung leckeren Gebäcks durch Gisela Vormann, dankt der Versammlungsleiter, wünscht allen Mitwirkenden einen guten Heimweg und schließt die Versammlung um 17.40 h.

*Nach der Versammlung wurde von einer Teilnehmerin angeregt, die Webseite um Informationen zu Ludwig Baumann und der Arbeit der Bundesvereinigung in *englischer Sprache* zu bereichern. (Der Anregung soll – im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten - baldmöglichst entsprochen werden.)

Bremen, 12. Dezember 2019

Protokoll:
Günter Knebel
Versammlungsleiter

Hinweise auf kürzlich erschienene Publikationen, **Auswahl** bemerkenswerter Schriften:

Stefan Romey, Niemand ist vergessen – 30 Jahre Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte, Hamburg 2018, 360 Seiten Bezug LZfpolbildg HH und Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte, Max-Brauer-Allee 40, 22765 Hamburg (Email: hamburgerstiftung@t-online.de) f. 5 € Versandgebühr; (siehe auch BV-Webseite >Buchtipps<)

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hrsg.), Claudia Bade, Detlef Garbe, Magnus Koch unter Mitarbeit von Lars Skowronski: „Rücksichten auf den Einzelfall haben zurückzutreten – Hamburg und die Wehrmachtjustiz im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 2019 (Bezug: LZfpolBildung, HH))

Andrej Angrick, „Aktion 1005“ – Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942-1945, Wallstein, Göttingen 2019, 1381 Seiten

Willi Winkler, Das braune Netz. Wie die Bundesrepublik von früheren Nazis zum Erfolg geführt wurde. Rowohlt, Reinbek 2019, 414 Seiten.

Felix Bohr, Die KRIEGSVERBRECHERLOBBY – Bundesdeutsche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter, Suhrkamp 2018, 558 Seiten

Peter Richter & Norbert Haase, Denkmäler ohne Helden - Erinnerungskultur im Spannungsfeld zwischen Kriegsgedenken und Desertion., Pabst-Verlag, Lengerich 2019, 231 Seiten

Ankündigung 2020: Reinhold Lütgemeier-Davin, Karl Laabs - Ein Juden- und Polenretter in Krenau / Chrzanow, (Umschlaginfo-vorab), Info Schüren-Verlag, Marburg 2020, erscheint im Februar

Anlagen:

- 1) Teilnahmeliste 2019
- 2) Tischvorlage zu Top 2 Infos/Bericht zur BV-Arbeit 2018-19